

Patientensicherheit muss verbessert werden Deutschland ist hier aber anderen EU-Ländern zum Teil weit voraus

Das Niveau der Patientensicherheit in den EU-Mitgliedstaaten ist unterschiedlich hoch. Im Durchschnitt kommt es EU-weit bei acht bis zwölf Prozent der Krankenhauspatienten während der Behandlung zu Zwischenfällen. Deshalb hat der Rat am 9. Juni 2009 eine Empfehlung zur Sicherheit der Patienten unter Einschluss der Prävention und Eindämmung von therapieassoziierten Infektionen abgegeben. Eine aktuelle, von der Bundesärztekammer durchgeführte Untersuchung der Patientensicherheit in Deutschland zeigt, dass hier zu Lande offenkundig schon viel erreicht wurde.

Nicht nur bei der Behandlung im Krankenhaus, auch in anderen Bereichen der Gesundheitsfürsorge, wie z.B. in der primären und sekundären medizinischen Versorgung, bei Gesundheitsdiensten in der Gemeinde oder in der öffentlichen und privaten Krankenpflege kommt es in den EU-Mitgliedstaaten immer wieder zu Problemen, die sich meist leicht verhindern ließen. Im internationalen Vergleich ist das Niveau der Patientensicherheit in den Mitgliedstaaten der EU außerdem sehr unterschiedlich.

Daher hat der EU-Rat am 9. Juni 2009 eine Empfehlung zur Sicherheit der Patienten abgegeben, die die Politikentwicklung sowie künftige inner- und zwischenstaatliche Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der wichtigsten Probleme voranbringen und unterstützen soll. Der Rat empfiehlt den Mitgliedstaaten,

- nationale Strategien und Programme in Bezug auf die Patientensicherheit einzuführen bzw. weiterzuentwickeln, z.B. durch Benennung zuständiger nationaler Stellen, Einbeziehung der Patientensicherheit in die gesundheitspolitischen Strategien und regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung der Sicherheitsstandards;
- die Handlungskompetenzen der Patienten zu stärken und deren Information z.B. über die geltenden Sicherheitsstandards, Risiken, mögliche Sicherheitsmaßnahmen und über Beschwerdemöglichkeiten zu verbessern;
- sanktionsfreie Systeme für eine Berichterstattung über Zwischenfälle einzuführen bzw. auszubauen, in denen die Arbeitskräfte des Gesundheitswesens Informationen über Umfang, Art und Ursachen von Fehlern, Zwischenfällen und Beinaheunfällen berichten sollen;
- Arbeitskräfte des Gesundheitswesens auf dem Gebiet der Patientensicherheit durch geeignete Maßnahmen aus- und weiterzubilden;
- auf Gemeinschaftsebene mit den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission zusammenzuarbeiten, indem z.B. gemeinsame Definitionen oder zuverlässige und vergleichbare Indikatoren entwickelt werden, damit Sicherheitsprobleme ermittelt, die Wirksamkeit von Maßnahmen evaluiert und das Voneinanderlernen erleichtert werden können;
- die Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Patientensicherheit auszubauen.

Eine aktuelle Analyse der Bundesärztekammer aus dem November 2009 zeigt, dass in Deutschland viele dieser Ziele bereits erreicht wurden.

Insbesondere bei den Punkten

- nationale Strategien und Programme zur Patientensicherheit,
- die Stärkung der Handlungskompetenzen der Bürger und Patienten und deren Information,
- die sanktionsfreien Systeme der Berichterstattung über Zwischenfälle und entsprechende Lernsysteme sowie
- die Aus- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe

nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle ein.

Positiv hervorgehoben wird dabei z.B. die Gründung des Aktionsbündnisses Patientensicherheit (www.aktionsbueundnispatientensicherheit.de).

Doch auch eine Vielzahl an klassischen Qualitätssicherungsverfahren leistet einen großen Beitrag zum Schutz der Patienten, wie z.B. Qualitätssicherungsmaßnahmen für den Umgang mit Medizinprodukten oder eine externe Qualitätssicherung im ambulanten und stationären Bereich.

Das Ergebnis des Status der Patientensicherheit in Deutschland fließt in einen Durchführungsbericht der Kommission ein, der im Juni 2012 dem EU-Rat vorgelegt werden soll und in dem die Kommission die Auswirkungen der Empfehlung beurteilt und prüft, in welchem Maße die vorgeschlagenen Maßnahmen effektiv funktionieren und ob Bedarf für weitere besteht.

KU Gesundheitsmanagement, 02/2010

Julia Gisewski, BFS Europa-Service, Büro Brüssel.